

Menschenrechtsorganisationen IHD und TIHV: Angriffe vor allem gegen Demokratische Partei der Völker HDP

Der Menschenrechtsverein IHD und die Stiftung für Menschenrechte in der Türkei (TIHV) haben einen gemeinsamen Bericht zu Rechtsverletzungen während des Wahlkampfes vorgestellt. An der Pressekonferenz in Ankara nahmen neben dem IHD-Ko-Vorsitzenden Öztürk Türkdoğan und TIHV-Generalsekretär Metin Bakkalcı auch Mitglieder des IHD-Zentralkomitees teil.

Türkdoğan wies in seiner Rede darauf hin, dass es seit Beginn des Wahlkampfes massive Beanstandungen gibt, die darauf hindeuten, dass die Wahlen in der Türkei nicht nach dem Grundsatz demokratischer, gerechter und korrekter Wahlen stattfinden können. Aus diesem Grund sei eine unabhängige Beobachtung der Wahlen am 24. Juni umso wichtiger, betonte Türkdoğan.

„Süleyman Soylu bedroht die Sicherheit der Wahlen“

Zur Ermordung von drei Personen in Pirsûs durch einen Angriff des AKP-Abgeordneten Ibrahim Halil Yıldız und seiner Verwandten sagte Türkdoğan: „Die Erklärungen und die Haltung von Soylu, dem höchsten Verantwortlichen des Innenministeriums, das eigentlich die Staatsanwaltschaft bei der Aufklärung des Vorfalles unterstützen müsste, sind einfach grauenregend. Er benimmt sich wie ein Militanter einer Partei. Dass diesem Minister, der jeden, der nicht Partei für ihn ergreift, als Terroristen beschuldigt, kein Vertrauen geschenkt werden kann,

ist offensichtlich. Daher hat sich der mit der Sicherheit der Wahlen betraute Innenminister selbst als eine Bedrohung der Sicherheit der Wahlen herausgestellt. Wir möchten die Öffentlichkeit auf diese Situation hinweisen. Eigentlich müsste Innenminister Soylu zurücktreten, stattdessen gibt er Erklärungen im Sinne der Regierung ab. Soylu sollte zurücktreten.“

„Der Staat ist seiner Aufgabe nicht nachgekommen“

Zu den massiven Rechtsverletzungen zwischen dem 26. April und dem 20. Juni sagte Türkdoğan: „Bei der Repression und den Rechtsverletzungen, um die es hier geht, handelt es sich unter anderem um willkürliche Verbote von öffentlichen Veranstaltungen, Angriffen von Sicherheitskräften und das Nichteingreifen der Sicherheitskräfte bei Angriffen und Behinderungen durch zivile Gruppen. Im Gegensatz zu den Erklärungen, in denen es hieß, die Wahlen fänden aufgrund des Ausnahmezustands unter besonders extremen Sicherheitsvorkehrungen statt, änderte dies nichts an den Angriffen und Behinderungen von politischen Parteien und ihren Vertreter*innen. Die Zuständigen haben ihren öffentlichen Auftrag nicht erfüllt.“

Aufruf an Wähler*innen und Wahlbeobachter*innen

Türkdoğan hielt fest, dass der IHD und eine unabhängige Wahlbeobachtungsplattform bei den erzwungenen Wahlen am 24. Juni eine internationalen Kriteri-

en angemessene Wahlbeobachtung durchführen werden.

Die Wahlberechtigten rief Türkdoğan auf, sich an der Wahl zu beteiligen. Von den Beobachter*innen der Wahlen erwartet der IHD, sich am Sonntagmorgen um sechs Uhr bei den Urnen einzufinden. Die IHD-Zentrale, die Büros und Vertretungen des Menschenrechtsvereins werden am 24. Juni geöffnet sein. Sollte es zu Unregelmäßigkeiten kommen, könne man sich an den IHD wenden, so Türkdoğan.

Die meisten Angriffe richteten sich gegen die HDP

Auf der Pressekonferenz wurde folgende Bilanz über die Rechtsverletzungen zwischen dem 28. April und dem 21. Juni vorgestellt:

HDP: 93 Angriffe
İYİ Partei: 12 Angriffe
CHP: 12 Angriffe
Saadet Partei: 8 Angriffe
AKP: 2 Angriffe
MHP: Kein Angriff.

Die Zahl der Getöteten und Verletzten wie folgt dargestellt:

Riha/Pirsûs (Urfa/Suruç): 4 Tote (1 AKP, 3 HDP)
HDP: 49 Misshandlungen und Verletzungen
İYİ Partei: 24 Misshandlungen und Verletzungen
Saadet Partei: Fünf Verletzte, zwei davon Schwerverletzte
CHP: Acht Misshandlungen und Verletzungen
AKP: Drei Misshandlungen und Verletzungen

→

Dutzende Menschen in Efrîn verschleppt

Seit der Besetzung des nordsyrischen Kantons Efrîn sind Hunderte Menschen verschleppt worden. Täglich gibt es neue Berichte über Entführungen, Plünderungen und Folter. In der bis zur türkischen Invasion im Januar friedlichsten Region Syriens ist mit bundesdeutscher Unterstützung ein Scharia-System eingeführt worden, in dem Frauen dazu gezwungen werden, nur noch verschleiert und in männlicher Begleitung das Haus zu verlassen. Die weit verbreiteten Ent-

führungen von Zivilisten sind zu einer gängigen Einkommensquelle der dschihadistischen Hilfstruppen des türkischen Staates geworden. Viele der Entführten werden gegen Lösegeldzahlungen wieder freigelassen, sofern ihre Angehörigen das Geld aufbringen können. Personen, denen eine Nähe zu den zuvor in Efrîn aufgebauten Selbstverwaltungsstrukturen nachgesagt wird, werden hingegen in die Türkei verschleppt oder ermordet.

Lokale Quellen zufolge sind knapp 60 Anwohner verschleppt worden. Morgens um 4.00 Uhr wurde das Dorf von Besatzungstruppen umstellt. Mit gepanzerten Fahrzeugen fuhren Milizionäre des türkischen Staates ins Dorf ein und holten mit Gewalt die Menschen aus ihren Häusern. Augenzeugen berichten, dass die Milizionäre „wie der IS“ gekleidet gewesen seien. Wohin die Betroffenen gebracht wurden, ist unbekannt. ANF 16.06., ISKU

Meldungen

Jugendliche aus Rojava besuchen „lebende Schutzschilde“ in Qendil

Vor fünf Tagen sind Mitglieder der südkurdischen Jugendbewegung von Silêmanî aus in die Qendil-Berge gegangen, um als lebende Schutzschilde Haltung gegen die von der türkischen AKP/MHP-Regierung angedrohte Militärintervention zu beziehen. Am 14. Juni erhielten sie Unterstützung von zahlreichen Jugendlichen aus Rojava.

Agirî Ronat, einer der Aktivisten, erklärte in einer Ansprache: „Wir kämpfen mit unserem Willen gegen den schmutzigen Krieg, der in unserem Land geführt wird. Wir werden es nicht zulassen, dass die Besatzer hier einmarschieren.“

Ziel der Aktion sei es, der spekulativen Berichterstattung der türkischen Medien zur Situation in Qendil entgegenzutreten, so Ronat: „Seit Jahren setzt der faschistische türkische Staat eine schmutzige Politik in unserem Land um. Zuletzt wurde Efrîn besetzt. Gegen die Besatzung wurde ein großer Widerstand geleistet. Jetzt soll Qendil angegriffen werden. Deswegen sind wir hier.“

Jugendliche aus Nordsyrien an Grenzübergang gehindert
Nordsyrische Jugendliche, die ebenfalls auf dem Weg nach Qendil sind, wurden am Freitag von südkurdischen Sicherheitskräften am Grenzübergang Sêmalka aufgehalten. Dennoch versuchen die Jugendlichen über die nahegelegene Pontonbrücke über dem Tigris nach Südkurdistan zu gelangen.

Ihre Demonstration nach Qendil haben die etwa 2.000 Jugendlichen vor zwei Tagen im Koçerat-Gebiet in Rojava begonnen. Die Teilnehmer*innen kommen unter anderem aus Raqqa, Dêra Zor und Şengal. Unter ihnen sind Araber*innen, Suryoye und Kurd*innen.

ANF, 13./22.6., ISKU

Demonstration gegen Feminizide: „Ni una menos!“

Unter dem Motto „Ni una menos - nicht noch eine weniger“ sind am Samstag in Hamburg knapp 200 Personen, überwiegend Frauen, auf die Straße gegangen. Sie erinnerten an Frauen und Mädchen, die in den letzten Jahren in Hamburg und Umgebung sowie anderen deutschen Städten aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit ermordet worden sind.

Die Demo begann am Jungfernstieg, wo im April Sandra P. und ihre einjährige Tochter Miriam getötet worden waren. Der Täter hatte die Trennung von Sandra P. nicht akzeptiert und auch die gemeinsame Tochter als Eigentum betrachtet. Erinnert wurde auch an den Mord an Doreen K. durch ihren Noch-Ehemann Ende Mai in Winsen.

Morde dieser Art – Feminizide – sowie sexualisierte Gewalt gegen Frauen*, Lesben*, trans- und intersexuelle Personen* seien als

Politikum ebenso ernst zu nehmen wie andere Verbrechen aus gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, erklärten die Veranstalterinnen.

„Auch, wenn sich die Form und die Art der Angriffe gegen Frauen von Region zu Region unterscheiden, so müssen wir auch von einem universellen Krieg des patriarchalen Systems gegen Frauen sprechen“, so Leyla Kaya vom Hamburger Frauenrat Rojbîn. „Dieser frauenfeindliche Krieg wird auf brutalste Weise durch misogynen Banden wie den Islamischen Staat im Mittleren Osten geführt. Als Konsequenz werden Tausende Frauen als Kriegsbeute in Gefangenschaft genommen und auf Sklavemärkten verkauft, systematisch und durchgehend Vergewaltigung ausgesetzt sowie massakriert“, so Kaya.

In Lateinamerika werde jede Minute eine Frau ermordet, sag-

te Blanca Ines von der Initiative „Mujeres sin Fronteras“ (Frauen ohne Grenzen). Jeder dieser Morde sei politisch.

Anja Flach (Kampagne: „Gemeinsam kämpfen für Selbstbestimmung und demokratische Autonomie“) warf die Frage auf, ob der Mord an der 14-jährigen Susanna F. in Wiesbaden hätte verhindert werden können, wenn nach der Vergewaltigung eines elfjährigen Mädchens in einer Flüchtlingsunterkunft sorgfältiger ermittelt worden wäre. Auch in diesem Fall hatte Ali B. unter Verdacht gestanden, der inzwischen gestanden hat, in der Nacht zum 23. Mai Susanna F. getötet zu haben. Eine „konsequente Abschiebung“ des Irakers, wie sie die BILD ins Spiel gebracht hatte, hätte ihn dagegen nicht gehindert, ein anderes Mädchen zu töten.

ANF 17.06., ISKU

Selahattin Demirtaş: Wahlspot aus dem Gefängnis

Im Vorfeld der Wahlen in der Türkei ist am 17.6. erstmalig ein Wahlwerbespot des Kandidaten der HDP, Selahattin Demirtaş, im staatlichen TV-Sender TRT ausgestrahlt worden. Die Ansprache war vor wenigen Tagen im Gefängnis in Edirne aufgezeichnet worden, wo Demirtaş seit November 2016 in Untersuchungshaft festgehalten wird. Zeitgleich zu der Ausstrahlung fand in Istanbul eine Wahlkampfkundgebung der HDP statt, an der Hunderttausende Menschen teilnahmen. Der Wahlspot wurde auf Großbildleinwänden gezeigt. Demirtaş begann seine Ansprache mit den Worten: „In diesem Wahlkampf, an den man sich als einen der dunklen Flecken in unserer politischen Geschichte erinnern

wird, bin ich gezwungen, aus dem Hochsicherheitsgefängnis Edirne zu Ihnen zu sprechen.“ Er erinnerte an die zwölf weiteren inhaftierten HDP-Abgeordneten und ging auf die Unrechtmäßigkeit der Verfahren ein. In seiner Ansprache rief er außerdem dazu auf, die Wahlen zu schützen, und erklärte, sich der Unterdrückung nicht zu beugen, selbst wenn er zwanzig Jahre im Gefängnis bleiben müsse.

„Wir sind nicht ‚ein Mann‘, wir sind viele Menschen. Wir sind so viele, dass wir uns nicht vor dem einen Mann fürchten müssen“, sagte Demirtaş und rief dazu auf, am 24. Juni „eine Stimme der HDP, eine Stimme für Demirtaş“ zu geben.

ANF 18.06., ISKU

Termine

30.06. 23:00 Uhr

Aktionen am Todestag von Halim Dener | Hannover, Steintorplatz

Für ein Gedenken an Halim Dener

Demonstration, 13. Juli,
17:00 Uhr, Halim-Dener-Platz

5.7., 19:00 Uhr

Bildungswerk der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin
Wasser als Waffe: Widerstand gegen den Ilisu-Großstaudam

12. - 14. Oktober
Berlin

Internationaler Rojava-Kurdistan Kongress

Jeden Freitag
Celle

Afrin-Aktionstag

→ Qendil und der Niedergang des türkischen Regimes

Unabhängige: Der unabhängige Kandidat von Izmir, Deniz Arik Binbay, wurde geschlagen.

Insgesamt: Vier Tote und 90 Verletzte.

HDP-Mitglieder wurden gefoltert

Weiter heißt es, dass 26 Personen aus dem HDP-Kreis sowie zwei Mitglieder der Saadet-Partei während ihres Wahlkampfes gefoltert und misshandelt worden sind. Außerdem fällt auf,

dass alle 33 Personen, die durch Sicherheitskräfte in Gewahrsam oder außerhalb des Gewahrsams gefoltert worden sind, der HDP angehören.

Festnahmen:

HDP: 361 Festnahmen, 13 Verhaftungen

AKP: Neun Festnahmen

MHP: Sechs Festnahmen, zwei Verhaftungen

Unabhängiger Kandidat Mahmut Konuk: Elf Festnahmen

Insgesamt: 387 Festnahmen, 15 Verhaftungen

Verbote:

Im Bericht ist auch die Rede von 17 verbotenen HDP-Wahlkampfveranstaltungen. Zwei Kundgebungen der CHP und weitere zwei Veranstaltungen der IYI-Partei wurden ebenfalls verboten.

ANF 22.06., ISKU

Abadi: Keine Koordination mit der Türkei gegen PKK

Nach einer Versammlung des Ministerrats im Irak am Mittwoch trat der noch amtierende Premierminister Haider al-Abadi vor die Presse. Gefragt nach der türkischen Besatzungsoperation in Südkurdistan erklärte Abadi: „Zwischen uns und der Türkei gibt es keine Koordination für eine grenzüberschreitende Operation.“

Abadi forderte die Türkei dazu auf, die Souveränität des Iraks zu respektieren: „Wir sind an die Verfassung des Iraks gebunden. Wir werden innerhalb des Iraks keinerlei militärische Aktivität dulden. Das gilt insbesondere auch für die PKK, die eine nicht-irakische Organisation ist. Gleichzeitig erwarten wir von der Türkei, die Souveränität des Iraks zu respektieren.“

ANF 21.6., ISKU

Nach Protest gegen AKP: Razzia bei Studierenden

Im Istanbuler Bezirk Kocamustafapaşa war es zu Protesten gegen eine Wahlkampfveranstaltung der Regierungspartei AKP gekommen, an der auch der türkische Innenminister Süleyman Soylu teilgenommen hatte. Zu dem Protest hatten verschiedene Studentenkollektive aufgerufen.

Wie das alternative türkische Nachrichtenportal Sendika.org meldet, stürmte die Polizei in der Nacht die Wohnungen mehrerer Studierender, die sich an der Protestaktion beteiligt hatten und nahm drei von ihnen fest.

ANF 16.6., ISKU

Quellen:

ANF Firat Nachrichtenagentur

Nüçe erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der

ISKU

Spaldingstr. 130-136

20097 Hamburg

Tel. 040 - 421 02 845

isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:

IBAN:DE42370100500003968506

BIC: PBNKDEFF (Postbank Köln)

Die Nüçe findet ihr auch unter:

isku.org